

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
Einschließlich 5 Heller Porto

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Refájanfa 16 • Telefon: 1.20793, 31469, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 33856 • Postamt: 57544

13. Jahrgang.

Samstag, 8. Juli 1933

Nr. 157.

Der Traum eines österreichischen Legitimisten.

Ungarn unmittelbar vor der Restauration / Oesterreich folgt. Tschechoslowakische Gebietsteile wieder zur Monarchie ...

Wien, 7. Juli. (Eigenbericht.) Die „Staatswehr“, das Organ der österreichischen Legitimisten, bringt in seiner heutigen Nummer einen Artikel unter dem Titel „Bringt Kanzler Dollfuß Kaiser Otto?“. In diesem Artikel heißt es: „Nie war das Problem der Habsburger-Restauration so aktuell wie jetzt.“ Dann wird der Sturz des als Gegner der Habsburger bekannten ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös innerhalb des nächsten halben Jahres vorausgesagt: „Es folgen dann Neuwahlen in Ungarn und das neue Parlament beschließt die Widerrufung des Entthronungsgesetzes, worauf zwangsläufig die feierliche Rückberufung des Könighauses und die Einsetzung Ottos in seine Thronrechte zur Durchführung kommen wird. Selbstverständlich können diese politischen Aktionen nicht ohne Rückwirkung auf Oesterreich bleiben. Bundeskanzler Dollfuß wird sofort die Annullierung des bei uns seit 1919 bestehenden Habsburger-Ausweisungsgesetzes und Konfiskationsgesetzes auf dem Notverordnungswege durchführen, falls bis dahin das österreichische Parlament nicht aktionsfähig sein sollte. An der Loyalität des Bundeskanzlers besteht kein Zweifel. Ebenso ist es zweifellos, daß der Heeresminister Vaugin und der Justizminister Doktor Schuchnigg loyalistreu sind.“

Über die Große und über die Kleine Entente wird in diesem Artikel gesagt, daß diese beiden Staatenbünde mit dieser Lösung der österreichischen Frage sich werden erklären. Dann heißt es: „Auf weitere Sicht wird sie (die Kleine Entente, d. Red.) sich in der heutigen Form nicht erhalten lassen. Das künftige Machtgebiet Habsburgs wird auch die Grenze der heutigen Tschechoslowakei und Teile Jugoslawiens umfassen.“

Die österreichischen Legitimisten unter der Führung des Obersten Wolf sind wohl als politische Narren bekannt. Aber es ist immerhin kennzeichnend, daß unter den heutigen Presseverhältnissen in Oesterreich ein Artikel überhaupt erscheinen konnte, in dem in solcher Art über aktive österreichische Minister gesprochen wird. Im übrigen ist bekannt, daß die Minister Vaugin und Schuchnigg niemals geneigt haben, daß sie die alte österreichische Staatsform sehr hoch einschätzen. Vom Bundeskanzler

ist allerdings in dieser Hinsicht überhaupt nichts bekannt.

Der Wunsch der österreichischen und ungarischen Legitimisten ist zweifellos Vater jedes einzelnen hier ausgesprochenen Gedankens; auch jenes, der das neu-alte Oesterreich-Ungarn schon tschechoslowakische und jugoslawische Provinzen zurückerobern sieht. Aber daß es sich nur um Parateien handle, kann man doch nicht sagen, ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode! Drum heißt's für das gesamte mitteleuropäische Proletariat: Aufpassen auf die Narren!

SA-Revoluten.

Sturm gegen die Reichenhaller Hitler-Rede.

Hitlers Rede in Reichenhall, in welcher er sich für den Bestand der heutigen Wirtschaftsordnung und gegen die „Zweite Revolution“, die die Verwirklichung seiner sozialistischen Versprechungen bringen sollte, ausgesprochen hat, rief im ganzen Reich Bestürzung unter den gutgläubigen Anhängern der Haltenkreuzler hervor. In vielen Orten brach sich die Enttäuschung in offenen Revolten Bahn. Es ist bezeichnend, daß an der Spitze der Empörung ganze SA-Organisationen stehen, welche nur mühsam durch die besser bezahlten SS-Abteilungen zurückgehalten werden.

In Königsberg

durchzogen in den Abendstunden des 3. Juli unter der Führung von SA-Leuten Zehntausende die Straßen der Stadt und forderten in ständigen Sprechhöfen

„Her mit der sozialistischen Revolution!“

Der Umfang der Demonstration vergrößerte sich von Minute zu Minute; besonders stark war der Zug von Bauern aus der Umgebung Königsbergs. Auch geschlossene Arbeiterformationen haben sich beteiligt; mehrfach wurden sozialistische Kampflieder

gesungen, ohne daß der geringste Widerstand sich bemerkbar gemacht hätte. Die Massen marschierten gegen Mitternacht auf den Rathausplatz; die dort postierten Schutzordens von Polizei, Gipspolizei und SS wurden auf Befehl des Oberpräsidenten von Ostpreußen, Koch, zurückgezogen. Nachdem mehrere Redner unter stürmischer Zustimmung der Demonstranten die

Weitertreibung der Revolution über Hitler hinweg

und im besonderen die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Großindustrie gefordert hatten, gingen die Massen auseinander.

SA gegen SS.

Saalschlacht in Breslau.

Bei einer Mitgliederversammlung der Hitlerpartei in Breslau kam es am Montag zu einer blutigen Saalschlacht zwischen der SA und der SS. Den Anlaß zu dieser Schlacht gab die Rede eines SA-Mannes, in der dieser sich in der schärfsten Weise

gegen den jetzigen Kurs der Regierung und gegen die Reichenhaller Rede Hitlers wandte; als der SA-Mann erklärte, daß Hitler die Revolution verrate, entzog ihm

der Versammlungsleiter das Wort. Der Redner weigerte sich, die Tribüne zu verlassen, worauf der Befehl an die SS erging, ihn aus dem Saal zu befördern. Es entstand ein ungeheurer Tumult; die SA-Leute erklärten sich solidarisch mit ihrem Redner und stürzten sich auf die SS-Leute. Der bereit gestellten Schutzpolizei gelang es nur mühsam, die Versammlung aufzulösen und den Saal zu räumen; um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, wurden

die SS-Leute bis lange nach Mitternacht unter polizeilichem Schutz im Saale eingeschlossen und wurden dann einzeln und unter Begleitung nach Hause entlassen.

Opposition gegen Hitler

unter Förderung durch Goering und Goebbels!

Aus allen Teilen Deutschlands treffen seit einigen Tagen in Berlin Abordnungen der örtlichen Stellen der Partei und vor allem der SA ein, um mit der dortigen Opposition Führung aufzunehmen.

Die Organisation der Opposition gegen Hitler vollzieht sich unter den Augen der amtlichen Stellen der Partei und der SA, ohne daß der geringste Versuch einer Störung unternommen wird.

Goering übt Neutralität.

Goebbels, der durch den Generalsekretär der Partei Sch, um sein Einschreiten ersucht worden ist, hat diesen Auftrag abgelehnt. Einzigweilige Kreise wollen wissen, daß

Goebbels an der Organisation der Opposition gegen Hitler nicht unbeteiligt ist; auf der anderen Seite wird behauptet, seine Zurückhaltung sei auf die noch ungelöste Stellung Goerings, seines Todfeindes, zurückzuführen.

Selbstverwaltung im „totalen Staat“?

Hitler macht Krebs unmöglich.

„Es geht darum, die Formen zu finden, die auf den Fluren des Kampfdurchtobten Landes den nationalen Frieden sicherstellen.“

Hans Krebs „Kampf um die Autonomie“.

„Es ist der Geist, der sich den Körper baut.“

Schiller, Wallenstein, zitiert bei Krebs.

„Wer Verfolgungen nicht ertragen kann, ist des Sieges nicht wert.“

Krebs über seine Partei.

Wir stellen vor: den unbekanntem, aber guten Soldaten des nationalen Friedens Hans Krebs Nr. 2. Man beachte die Nummer! Denn es gibt auch einen Hans Krebs Nr. 1, der aber mit dem Verfasser der zitierten Schrift weder geistig verwandt, noch identisch ist. Niemals hat Krebs Nr. 2 die deutsch-radikale Partei der Volk, Kroh und Teufel um Geld für die Rationalisierung der deutsch-böhmischen Arbeiter angeknorrt. Niemals war er im Braunen Haus zu München bei Hitler in Audienz. Daß er im Braunhemd mit römisch-deutschem Faschistengruß die Defiles braunbehdeter „Volksport“ Jünglinge abnahm, ist eine schamlose marxistische Grenzmeldung. — Diese kleinen Insignien betreffen Hans Krebs Nr. 1, von dem auch männiglich bekannt, daß er länger als ein Jahrzehnt mit heiserer Stimme und wutschäumenden Lippen gegen die Parteien der nationalen Verständigung gewettert hat. — Hans Krebs Nr. 2 dagegen ist ein biederer Kämpfer für Freiheit und Recht und die Selbstverwaltung tät er halt gar so gerne einführen, damit sein einziges Lebensziel erreicht wird: die nationale Verbrüderung in der Tschechoslowakei.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben über solches Schauspiel! Nun machen sie alle sanfte Flötenuß zu den Stiefelritten der SA-Truppen an den Grenzen, seitdem sie der Staatsanwalt beim Schlafittchen padte, die heldenmütigen Führer der „sudetendeutschen Freiheitsbewegung“. Herr Jung geht mit tollfühnem Befernernut voran, indem er beherzt jedes verhängliche Wort aus dem Programmbüchel streicht. Und sein Kumpan Krebs macht es nicht besser. Auch er hat sich noch flink ein „staatsverhaltendes“ Mißi bejagt durch Neuaufgabe seiner Schrift „Kampf um die Autonomie“. Die Absicht dieses erneuerten und vertieften Autonomiebekenntnisses wird schon im Vorwort eingestanden. Dort verweist Krebs darauf, daß die Neuaufgabe während des schwebenden Auslieferungsbeghehrens erscheinen wird und sagt:

„Sie (die Schrift) ist damit zu einem wichtigen Bekenntnis vor Volk und Staat, vor Parlament und Gericht geworden, an dem der Verfasser mit seiner ganzen (!) Ueberzeugung festhalten wird.“

Nein, er läßt sich nichts nehmen von seiner neugewonnenen Ueberzeugung, daß es am besten ist, den Friedfertigen, die gekränkte Unschuld zu spielen, wenn einmal die Probe aufs Exempel nationalsozialistischer Tapferkeit gemacht wird. Diese persönliche Haltung ließe sich noch mit schweigernder Berachtung übergehen. Da nun aber die ganze politische Komödie des sudetendeutschen Nationalsozialismus damit aufs engste verknüpft ist, läßt sich ein Hohngelächter über derlei Eiertänze, wie sie in besagter Schrift des Herrn Krebs aufgeführt werden, schwer unterdrücken.

Krebs Nr. 2 holt weit aus, um auf die Begründung dessen zu kommen, was er unter „Kampf um die Autonomie“ versteht. Sein scharfer Weltblick sieht klar „das Ringen der beiden elementaren Auffassungen von der Organisation des Staates: die starrer Zentralismus — die Selbstverwaltung“. Wofür entscheidet sich der suchende Friedensapostel? Er folgt der Stimme des Blutes, denn:

„Die romanisch-westlichen Staaten sind die Repräsentanten des zentralistischen Staatsaufbaues, die germanisch-deutschen Staatsgebilde tragen ausgesprochene Züge der Selbstverwaltung an sich.“

Das hätte der Krebs dem Hitler in München erzählen sollen! Vielleicht wäre der Ober-Daß dann nicht soweit ins „romanisch-westliche“ abgerutscht und das Dritte Reich hätte eine germanische Fajson gekriegt. Was aber das Pech des armen Krebs will — die Drucker und Expedienten seiner Schrift konnten mit dem stürmischen Wechsel der nationalsozialistischen Staatsauffassung leider nicht Schritt halten. Hitler hat sich inzwischen für ein romanisch-zentralistisches Tapetenmuster entschieden, er äßt den totalen Staat Mussolinis nach. Was in Deutschland dem gut-germanischen Vorbild der englischen Selbstverwaltung oder des anglo-standinavischen Parlamentarismus gleichjah, ist inzwischen r a h e l a h l g l e i c h g e s c h a l t e t worden. Tableau!

Wie gesagt, Krebs hätte sich vorher mit Hitler besprechen sollen! Denn nach dem heutigen Stande der nationalsozialistischen Wissenschaft und Praxis ließe sich Krebsens Streitschrift für die Selbstverwaltung wie eine marxistische Verhöhnung aller staatspolitischen Maximen des Dritten Reiches. Muß man nicht Lachkrämpfe kriegen, wenn man Krebs feierlich deklamieren hört:

„Nationale Autonomie ist die Selbstverwaltung eines Volkes durch seine selbstgewählten national bodenständigen Volksangehörigen.“

Demnach hätte also der nicht bodenständige Hitler samt seinen Statthaltern, Gleichschaltern und sonstigen Tagedieben schleunigst abzufahren. Herr Ley verwaltet die Gewerkschaftsgelder, ohne sich einen Pfifferling um die Selbstverwaltung der Mitglieder zu kümmern. Die Autonomie der Konjunktionswissenschaften wird durch einen Bankdirektor Müller würdig repräsentiert. Aus der letzten Gemeindestube werden die Arbeiter-Vertreter hinausgeprügelt. Dazu schreibt Krebs diesen belustigenden Kommentar:

„Die Autonomie ist eine politische Forderung, die zum Ziele hat, die Sicherung der Existenz eines Volkes in nationaler, sozialer und kultureller Beziehung.“

Womit ein Verfasser bestätigt, daß die braune Diktatur mit der Existenz des deutschen Volkes Schindluder treibt. Und weiter:

„Sie (die Autonomie) ist eine politische Forderung der Zweckmäßigkeit und der Vernunft und die Verwirklichung des Gleichberechtigungsgrundgesetzes der Völker. Darum kann einem gebildeten, gestifteten und arbeitsamen Volke niemand das Recht, sich selbst zu verwalten zu dürfen bestreiten.“

Auf die Dauer nicht, das wird sich ja in Deutschland zeigen! Wo aber der Nationalsozialismus die Macht hat, pfeift er bekanntlich auf das Recht des eigenen Volkes. Mit Vernunft und Gleichberechtigung hat das gewiß nichts zu tun — aber zweckmäßig für haltenkreuzlerische Pjs. (Postenfäger) ist es doch!

Für die folgende Stelle würde Krebs derzeit in Deutschland wegen Schmähung der nationalen Revolution, Hoch- und Landesverrat einige Jahre Zuchthaus lassen:

„Nur Völker, die infolge ihres kulturellen, sittlichen oder geistigen Tiefstandes unfähig sind, sich selbst zu verwalten und eine eigene Kultur zu schaffen (Kolonialvölker) dürfen der Beherrschung und der Verwaltung höherstehender Völker überantwortet werden.“

Da es zum braunen Einmaleins gehört, daß das deutsche Volk unfähig ist, sich selbst zu verwalten und zu beherrschen, müßte das Dritte Reich sonach schleunigst um Aufnahme in den französischen oder englischen Kolonialverband ansuchen. Bei dem kulturellen, sittlichen

und geistigen Tiefstand seiner heutigen Macht... habet wurde das deutsche Volk nicht einmal schlecht dabei fahren...

Außerdem reibt Krebs dem Hitler — trotz alter Freundschaft — die Vorzüge der „westlichen Demokratie“ nicht schlecht unter die Nase. Es gehört eine Portion Bosheit dazu, als Nationalsozialist just um diese Zeit auszusparen, was das in den Friedensdiäten niedergelegte Minderheitenrecht beinhaltet. B. V.:

„Gewährung des Schutzes von Leben und Freiheit, sowie unbehinderte Religionsausübung aller Bewohner.“ oder noch besser:

„Gleichheit vor dem Gesetz der bürgerlichen und politischen Rechte bei Zulassung zu Ämtern, Ehrenstellen und Ausübung von Berufen.“

Dazu ist Göring mit seinen „subjektiven Rechtsbegriffen“ bestimmt nicht Parteigänger und auch die anderen Subjekte im Führerbüro würden nicht schlecht meckern, wenn man ihnen eine solche jüdisch-marginalistische Gleichmacherei zumuten wollte. Krebs Nr. 2 meint freilich, daß ein solcher Schutz für größere Minderheiten mit geschlossenem Sprachgebiet nicht genügen könne. Krebs Nr. 1 ist wieder der konträren Auffassung, daß für ein Sechzigmillionenvolk viel weniger genüge. Wenn diese ungleichen Namensvettern mal zusammengeraten, da kanns schönen Krach geben!

Für politische Schwankdichter sei noch erwähnt, daß sich Krebs in dem Büchlein selbst zitiert und zwar, wie er im Jahre 1931 (neunzehnhunderteinunddreißig) eine „Gedächtnisrede“ über die Achtundvierziger-Revolution gehalten hat. Nämlich so:

„Die Zeit des vormärzlichen Absolutismus war vorüber. Zum erstenmale konnten die Völker Österreichs ihre Stimme erheben und es schien so, als ob sie von nun an die Geschichte ihrer Länder aus eigenem Willen gestalten könnten. Die Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Presse und der politischen Überzeugung war erkämpft und hochschlug die Welle der nationalen Begeisterung.“

Tja, das waren schöne Zeiten! Darum sind unsere Nazis auch so tief betäubt, weil all diese großen Errungenschaften des Liberalismus, später machtvoll ausgeweitet durch die sozialen und Wahlrechtskämpfe der Sozialdemokratie, im deutschen Vaterland durch eine verböserte Neuauflage des Vormärz mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden sind! Nicht einmal das schwarz-rot-goldene Dreifarbe, das einst über der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wehte, wird in Deutschland mehr gebuhlet. Da hören sich aber die alldeutschen Schwärmerereien unserer Nazis an. Lieber werden sie lammfromme Bürger der Tschechoslowakei und halten als einziges Vermächtnis der teuren Achtundvierzigerzeit das Ideal der Selbstverwaltung hoch, vor Volk und Staat, vor Parlament und vor Gericht... Helf Gott, daß es wahr ist!

„Es ist der Geist, der sich den Körper baut.“ Das hat schon Schiller gesagt, der zwar keine Leibesübungen für ahnungslose Nazijünglinge, aber dafür den „Wilhelm Tell“ geschrieben hat. Und der Körper, den

sich der braune Geist baut, das ist das Dritte Reich mit allen seinen Herrlichkeiten! Der totale Staat Hitlers und seines total verblödeten Göring — das ist die nationalsozialistische Selbstverwaltung! Krebs führt Masaryk und Professor Rádl als Kronzeugen für den „Kampf um die Autonomie“, wie er ihn auffaßt. Der winzelnde Nazi hält es ganz gerne mit Demokraten und Pazifisten. Der herrschende Nazi jagt sie außer Land oder sperrt sie ins Konzentrationslager. Der Sudeten-Nazi Nr. 1 gafft verzückt in seinen totalen Idealsstaat hinüber und begehrt sich daran, wie dort jede oppositionelle Regung unter SA- und SS-Stiefeln zertreten wird. Sein Milchbruder Nr. 2 schaut bekümmert nach Prag und Brünn und beklagt in Katertönen die Unzulänglichkeit der Bürger- und Völkerrichte in der Tschechoslowakei. Des einen Feldzeichen ist das Braunhemd, des anderen Symbol die braune Unterhose!

Eins und zwei addiert ergibt — „die sudetendeutsche Freiheitsbewegung“. In der sudetendeutschen Provinz ziehen die Nazis alle Register der total-fascistischen Agitation. Und sie beeilen sich, die po-

litische Ernte der Sonnenzeit in die Scheue zu bringen. Gerne nehmen sie dabei deutsch-nationale Dienstbotenhilfe an und verschmähen es nicht, „Demokraten“ vom Schlage Rosches als — na, sagen wir Zugtiere vorzuspinnen. Jung proklamiert sich bereits als künftiger Führer der sudetendeutschen Nation. Er will ihr „Befreier“ sein. Er will aber bei diesem Befreiungswort keine Scherereien mit den tschechischen Behörden und Gerichten haben. Solche Berührung ist unseren Naziführern, die der Ruhm der irischen Sinnfeiner nicht schlafen läßt, peinlich. Darum stülpen sie rasch über die braune Hitlerkutte das blütenreine autowomische Unschuldsgewand.

Wie sie sich darin ausnehmen, ist eine private Geschwadsfrage.

Das sudetendeutsche Volk aber darf die Mittel seiner innerpolitischen Daseinsicherung nicht durch solches Affentheater lächerlich machen lassen. Der Kampf um die Autonomie erfordert es, den autonomistisch getarnten Faschisten die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen und sie als Todfeinde demokratischer Selbstverwaltung, als Totengräber eines freihheitlichen Minderheitenrechtes an den Schandpfahl zu heften!

Das Kartellgesetz — in der Hand einer entschlossenen Regierung eine gute Waffe.

Prag, 7. Juli. In der heutigen voraus-sichtlichsten vorletzten Parlaments-sitzung vor den Sommerferien wurde die Vorlage über das Ministerverantwortlichkeitsgesetz fast ohne Debatte in beiden Lesungen verabschiedet; weil an dem seinerzeitigen Senatsbeschluss Änderungen durchgeführt wurden, muß die Vorlage nochmals an den Senat zurückgeleitet werden.

Dagegen wurde die Debatte über das Kartellgesetz vor dem letzten Redner abgebrochen und auf morgen vertagt. Wie es heißt, verlangt die Nationalbank eine Änderung des § 39, der davon spricht, daß die Vorlage nicht auf den Zinsfuß der Geldinstitute angewendet werden kann, solange das (zeitliche auf zwei Jahre begrenzte) Recht der Regierung auf Zinsfußregelung nach dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb im Geldwesen besteht. Aus dieser Fassung geht hervor, daß der Regierung nach Ablauf dieser Frist doch wieder ein gewisses Eingriffsrecht in die Zinsfußpolitik der Geldinstitute aus dem Titel des § 7 des Kartellgesetzes zustünde, u. a. auch, wo von „unangemessen hohen Tarifen“ der Geldinstitute die Rede ist.

Die nächste Sitzung wurde für morgen halb 10 Uhr früh angesetzt. Bis dahin soll die Regierung über eine eventuelle Abänderung des Kartellgesetzes in dem angedeuteten Sinn entscheiden. Auf der Tagesordnung steht außerdem noch die Aufhebung des Ernährungsministeriums. Hier ergaben sich nach dem Plenum im Verfassungsausschuß Differenzen über die Aufteilung der Kompetenzen.

In der Debatte zum Kartellgesetz hielt der tschechische Genosse Dr. Winter eine sehr bemerkenswerte Rede, in der er die Vorlage einer objektiven Prüfung unterwarf und die energische Fortsetzung der begonnenen Deflationspolitik hinsichtlich der Preise forderte.

Genosse Dr. Winter machte zunächst auf den Einfluß der Kartelle auf die Politik und auf das ganze öffentliche Leben aufmerksam. In den Kartellen ist und ein einflussreicher Faktor erwachsen, der niemandem verantwortlich ist und von niemandem kontrolliert wird. Jetzt soll der Staat und die Öffentlichkeit die Kontrolle durchführen.

Die früheren Regierungen haben sich zu einer wirtschaftlichen Deflationspolitik bekannt, in der aber nur die erste Etappe, die Herabsetzung der Löhne und Gehälter, durchgeführt wurde; es kommt aber immer noch nicht zur zweiten Etappe, zur Deflationspolitik in den Warenpreisen. Hier sind vor allem die Inorganisiertheit des Distributionsdienstes, welters aber Zölle und Kartelle das Hindernis. Der Landwirtschaftsminister wie der Handelsminister wollen die hohen Zölle erhalten, um der heimischen Produktion hohe Preise zu sichern; das vertritt sich jedoch absolut nicht mit der sonstigen Deflationspolitik.

Bisher hat die Judikatur Kartellverträge nicht anerkannt. Es ist zweckmäßiger, mit dieser Vogel-Strauß-Politik aufzuräumen; die Öffentlichkeit wird nun wenigstens wissen, mit wem sie es zu tun hat.

Der Führung des Kartellregisters schreibt Redner keinen Einfluß auf die Preisbildung zu, aber es wird wenigstens die Anonymität gelüftet, und die Kartelle werden wenigstens widerstandsfähig gegen Kritik von außen sein. Auch von der Verfolgung der Kartellpreise durch das statistische Amt könne man nicht schon eine Preislenkung erwarten, aber man wird durch diese ständige Preisbeobachtung feststellen können, welchen Anteil am Preis die Produktion und welchen der Zwischenhandel hat. Diese Feststellung kann dann ein brauchbares Mittel im Kampf gegen die hohen Preise sein.

Den größten Erfolg dürften die Maßnahmen gegen die Sperre haben; es dürfte kaum mehr vorkommen, daß die Regierung zu Maßnahmen greifen müssen, weil ein Kartell über einen Augenblick die Sperre verhängen will. Die ursprüngliche Vorlage des Justizministeriums wollte einen Staatlichen Wirtschaftsrat schaffen; im interministeriellen Verfahren wurde statt dessen ein komplizierter Mechanismus geschaffen, dem die äußerst einfache, einseitige und damit auch äußerst schlagkräftige Kartellfront gegenübersteht. Man müsse deshalb befürchten, daß der Mechanismus der Kartellkommission nicht ordentlich funktionieren wird.

Allerdings wird auch viel davon abhängen, ob wir eine Regierung haben werden, die gegen die Kartelle eingreifen wollen, und ob sie dazu genügend Kraft haben wird. Wenn die Regierung nicht darnach sein wird, dann wird auch das strengste Kartellgesetz nichts nützen! Haben wir aber eine Regierung, die gegen die Kartelle vorgehen will, dann bietet ihr das vorliegende Gesetz eine sehr gute Waffe.

Von den weiteren Rednern nehmen Geher (d. Nat.-Soz.) wie Dr. Vacher (NWB.) von vornherein an, daß die Vorlage keine allzu großen Wirkungen haben wird. Geher behauptet u. a., ein Charakteristikum für den Begriff „hoher Preis“ werde sich nicht festlegen lassen; darin liege die „innere Unmöglichkeit“ des Gesetzes. Dr. Vacher erklärt, der Wert der Vorlage liege darin, daß die Kartelle ihres Geheimnisses entkleidet werden und die Regierung zur Überwachung der Preisbewegung moralisch verpflichtet wird; das alles sei ein Fortschritt gegenüber dem ersten Entwurf.

Der tschechische Gewerkepartei-Oberführer stellte sich merkwürdigerweise ganz auf Seite der Kartelle: Es sei nicht möglich, daß jemand Fremder in einen so verwickelten Wirtschaftsorganismus einbringe und seine Preisfaktulation überprüfe. Bei uns gibt es angeblich keine Teuerung, die freie Konkurrenz in Handel und Gewerbe sei so willfährig, daß sie eher gezielte Maßnahmen gegen die Unterbietung der Preise erfordern würde. In der jetzigen Zeit dürfe in die Privatwirtschaft nicht noch mehr „Unsicherheit“ hineingetragen werden.

Nach dem Kommunisten Hadel ist die Vorlage wieder nichts anderes als ein Gesetz zum Schutze der Kartelle und der von ihnen diktierten Preise.

Die erhöhte Verantwortlichkeit der Minister.

Zur Vorlage über die Ministerverantwortlichkeit erklärte der Referent Dr. Cerny, die Vorlage werde von der Öffentlichkeit als notwendige Konsequenz des Ermächtigungsgesetzes begrüßt. Auch die Einhaltung des Budgets steht unter Straffunktionen; Überschreitungen dürfen nur mit Genehmigung des Parlamentes erfolgen. Gerade hier sei eine unerbittliche und kompromißlose Verantwortlichkeit notwendig. Alles, was die Verantwortlichkeit erhöhe, müsse man begrüßen; das sei keine Verdächtigungs- und kein Mißtrauen, sondern diene der Stärkung der Demokratie.

In der Debatte sprach als einziger Redner der Kommunist Dr. Stern, der die Vorlage kurzerhand als ein „Täuschungsmanöver“ bezeichnete, durch das sich die Massen aber nicht täuschen lassen würden.

Nachfolgend geben wir im Auszug die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage wieder:

Die Vorlage bestimmt, daß der Präsident der Republik nur wegen Sachverrat verfolgt wer-

Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Harlow

Alle Rechte vorbehalten

Wenn er ein so kostbares Ding einem Boten anvertraute, warum nicht zugleich den Paß? Oder warum gab er ihr die Labatiere nicht auch erst bei ihrem Besuche im Searree? Das war ihr unklar und trieb ihre Freude über den Brief. Und wie hat der Portier den Dienstmann passieren lassen, er, der sonst jeden inquirierte, noch dazu während einer Vorstellung, wo doch Unbeschäftigten das Betreten der Bühnenstiege strengstens verboten war?

Als das Klingelzeichen Lillian zu ihrem nächsten Auftritt rief, war sie noch ganz benommen, vollkommen unsicher, erregte Stauern und Kerger bei Kollegen und Regisseur durch falsche Bewegungen, vorzeitigen Abgang und geistes-abwesenden Gesichtsausdruck. Sie hörte Chordamen hinter sich sichern und kam erst halbwegs zur Besinnung, als Lo Lu sie fragte, ob ihr nicht wohl sei.

„Doch, aber... sie wisse selbst nicht!...“

Ob denn in dem Briefe vielleicht unangenehme Nachrichten gewesen seien. Nein, nein, nichts von Belang, es sei nur die Rückstaltung eines Gegenstandes gewesen, den sie vor ein paar Tagen hergeliehen und bereits etliche Male dringend reklamiert hätte.

So, so! Lillian freute sich über diese Lüge, ohne zu wissen, warum. Sie freute sich vielleicht bloß über die gelungene Irreführung der Neugier dieser glatten, schwarzen Frau, die ihr plötzlich so unsympathisch war, daß sie sich gar nicht erklären konnte, warum.

An ihrem Schminktisch angelangt, entfal-

tete Lillian noch einmal den zerknüllten Brief, prägte sich nochmals den Namen des Restaurants und die Nummer des Searrees ein, obwohl sie beides schon genau wußte, so etwas, wie man aus Nervosität beim Verlassen der Wohnung nochmals nachsicht, ob die Tür auch richtig ins Schloß fiel, obwohl man noch den Gegendruck in den Fingern spürt, dann zerriß sie den Brief in kleine Fetzen und warf ihn in den Eimer, der neben dem Waschtisch stand.

Etwas beruhigt begab sie sich dann zu ihrem letzten Auftritt auf die Bühne, tanzte, zwar ohne künstlerische Ambition, aber mit konzentriertester Korrektheit, verbeugte sich ernst, lächelte hart und gehorchte ihren geschulten Gliedern, ging wortlos in die Garderobe zurück und begann sich auszulieben, mechanisch, mit beinahe überkompensiertem Willen, marionettenhaft sicher. Es war, als gehörten ihre Gedanken nicht mehr ihr. So war sie nicht einmal erstaunt, als Lo Lu nach kurzem Klopfen bei ihr eintrat und fragte, ob Lillian schon fertig sei.

„Ja, ich ziehe mich gerade an, um fortzugehen.“

„Gehen Sie direkt nach Hause?“ forschte Lo Lu mit forciertem Lächeln.

„Warum denn?“

„Wir gehen noch auf eine halbe Stunde ins Café Bayer. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie nicht vielleicht mitgehen wollen?“

„Danke für Ihre liebenswürdige Aufforderung, aber ich komme nicht mit.“

„Sie sind seit ein paar Tagen so sonderbar gegen mich. Habe ich Ihnen etwas getan?“

„Aber, liebste Lo Lu, was fällt Ihnen denn ein? Ich würde sogar sehr gerne mit Euch gehen, aber ich habe noch ein Rendezvous.“

Lo Lu lachte. „Warum sagen Sie denn das nicht gleich? Das geht natürlich vor! Man kann doch wegen ein paar lumpige Kollegen nicht

einen Bräutigam warten lassen! Dann nehme ich natürlich alles zurück. Ich lasse ihn unbekannterweise grüßen. Werden Sie es bestellen?“

„Ja, doch,“ sagte Lillian zerstreut.

Sie hätte während des Gespräches ihre Tätigkeit nicht einen Augenblick unterbrochen, hatte kaum die Augen von Schminktisch, Kleidungsstücken, Waschzeug und Koffen gehoben und grüßte auch jetzt nur flüchtig, als die Kollegin sie verließ. Sie war sich nicht darüber klar, was diese betrog, sich heute so viel mit ihr zu besoffen.

Lo Lu war noch nie in Lillians Garderobe gekommen, immer hatten sich die beiden Künstlerinnen nur zufällig getroffen, auf der Bühne, auf der Stiege, beim Waschen der Anschläge oder im Sekretariate, dann hatten sie ein paar zufällige Worte miteinander gewechselt, Lo Lu hatte ein paar Fragen gestellt, ein paar Witze gemacht, harmlose, kollegial-nedende Andeutungen, aber nie hatte sie an Lillian irgendeinen persönlichen Anteil genommen.

Während Lillian die letzten Handgriffe machte, während die anderen Kolleginnen in ihrer Garderobe lärmend Kleider wechselten, mit Frau Marchner zankten oder scherzten, schob Lillian der Gedanke durch den Kopf, ob Lo Lu am Ende etwas von ihrem, Lillians Geheimnisse, ahnen mochte. Angst stieg in ihr auf. Aber sie hatte keine Zeit, bei dieser Sorge zu verweilen, sie stülpte den Hut auf ihre Locken, schlüpfte in den Mantel, dachte einen Moment daran, daß sie morgen schon den Pelz tragen wollte, da die Nächte doch schon recht kalt seien und verließ das Theater. Es war zwei Minuten vor halb zehn.

11.

Hildegard Ammer.

Hildegard Ammer sah, daß in der Flasche noch ein kleiner Rest von Cognac war und sie

trank ihn aus. Sie hoffte damit die Ueblichkeiten, die sie schon wieder peinigten, zu couperieren. Ihr Magen schien gegen ihr Herz zu stoßen und die Lust in ihrem Halse wurde eng.

Kleine Schweißtropfen standen auf ihrer Stirne, sie wuschte sie mit dem Handrücken fort. Wenn sie mit jemandem sprechen hätte können, wäre ihr leichter geworden!

Aber die Mutter hatte sich bereits schlafen gelegt. Auch, wenn sie gewacht hätte, sie dürfte ja von Hildegards Zustand nichts wissen. Die Mutter würde janken, schreien, weinen, vielleicht würde sie sie sogar schlagen, obwohl sie dem Alter, zu dem diese zweifelhafte Erziehungsmethode gehörte, reichlich entwachsen war.

Aber vielleicht würde die Mutter nur jammern und klagen, also mehr ein passives Hindernis darstellen, jedenfalls würde sie mit tausend Borwürfen bestehendes Unglück sinnlos multiplizieren und gewesenes Glück zertrümmern.

Hildegard war grenzenlos allein und richtete sich mühsam auf. Nun ließen die Ueblichkeiten etwas nach und der Körper gestattete dem Geiste einige kleine, erlöste Freiheiten. Er begann zu denken und zu rechnen und er errechnete, daß das „Malheur“ nun schon neun Wochen alt war.

Neun Wochen, vom medizinischen Standpunkt aus war also noch nichts verloren, aber jeder Tag Jögern war ein Tag Gefahr.

Angst?

Oh, nein! Warum? Wenn etwas sein mußte, dann wuchs der Mut in ungeahntem Maße. Sie war jung, gesund und kräftig und sie war nicht feig. In ein paar Stunden würden die Schmerzen überstanden sein und Körper und Geist würden sich bald zu neuer Spannkraft regenerieren. Viel Schwereres und ganz Anderes drückte sie.

(Fortsetzung folgt.)

den kann, und zwar vor dem Senat über Anklage des Abgeordnetenhauses. Als Strafe kann nur der Verlust der Präsidentschaft und der neuerlichen Wählbarkeit für dieses Amt verhängt werden.

Der Vorsitzende oder ein Mitglied der Regierung sind strafrechtlich verantwortlich, wenn sie absichtlich oder aus großer Unachtsamkeit in ihrem Amtsbereich die Verfassungs- oder andere Gesetze verletzen. Die Strafe besteht in einer Geldbuße bis zu 500.000 Kr., im Falle der Uneinbringlichkeit in Staatsgefängnis bis zu sechs Monaten.

Hat der Schuldige in seinem Eigentum Gegenstände, um die er sich durch die Tat bereichert hat, oder andere Gegenstände, die er sich dafür beschafft hat, oder den Gegenwert solcher Gegenstände, so sind diese einzuziehen.

Als Nebenstrafen können Amtsverlust sowie Verlust der Abfertigung (drei Monatsgehälter) ausgesprochen werden.

Das Recht zur Anklage (auch gegen gewesene Minister!) hat das Abgeordnetenhaus, das Strafverfahren führt der Senat durch. Die Verantwortlichkeit für Straftaten nach den Bestimmungen der normalen Strafgesetze bleibt unberührt, so daß also wegen einer und derselben Sache auch zwei Verurteilungen, durch den Senat und durch das ordentliche Gericht, erfolgen können. Die Straftaten verjähren drei Jahre nach dem Ausscheiden des Ministers aus der Regierung, spätestens jedoch fünf Jahre nach ihrer Verübung.

Der Antrag auf Strafverfolgung eines Ministers muß von 100, auf Verfolgung des Präsidenten der Republik von 120 Abgeordneten unterschrieben sein. Lehnt das Abgeordnetenhaus den Antrag nicht von vornherein ab, so wird er einem eigens zu wählenden neungliedrigen Anklageausschuss zugewiesen, dessen Mitglieder ein eigenes Gelobnis leisten müssen. Binnen Monatsfrist hat der Ausschuss die Untersuchung zu führen und einen Bericht an das Haus zu erstatten, ob die Anklage erhoben werden soll. Binnen weiteren 14 Tagen kann der Beschuldigte seine Einwände gegen den Bericht formulieren. Das Haus entscheidet über die Erhebung der Anklage mittels Stimmzetteln mit Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln aller Mitglieder. Der Anklageausschuss arbeitet dann die Anklageschrift aus.

Der Senat wählt für die ganze Dauer der Legislaturperiode einen Richterausschuss, der aus dem Senatsvorsitzenden und zwölf weiteren Senatoren besteht. Die Anklage vertritt vor dem Senat der Vorsitzende des Anklageausschusses. Der Angeklagte kann sich einen oder zwei Verteidiger wählen. Der Richterausschuss hat die Anklage zu überprüfen, die Untersuchung eventuell zu ergänzen und die Hauptverhandlung vorzubereiten, die vor dem Plenum des Senates stattfindet.

Die Hauptverhandlung vor dem Senatshennum ist mündlich und öffentlich; es gelten analog die Bestimmungen der Strafprozessordnung. In allen Streitfragen entscheidet bei der Hauptverhandlung der Richterausschuss. Nach Schluss des Beweiserhebungsverfahrens berät der Richterausschuss über die zu stellenden Schuldfragen und stellt auch dem Plenum Anträge für ihre Beantwortung. Die Abstimmung des Senates erfolgt ohne Debatte mittels Stimmzetteln; zum Schuldspruch ist eine Dreifünftelmehrheit aller Mitglieder erforderlich. Erfolgt ein Schuldspruch, so stellt der Richterausschuss einen konkreten Antrag über Strafe und Kostenersatz; wird dieser Antrag vom Senatshennum nicht genehmigt, so wird über weitere Eventualanträge abgestimmt, die vorher oder nachher vom Richterausschuss, den Streitparteien oder mindestens elf Senatoren gestellt wurden. Das Urteil wird samt der Begründung in öffentlicher Senatssitzung verkündet. Unter bestimmten Voraussetzungen ist ein Wiederaufnahmeverfahren zulässig, wobei aber im Falle neuerlicher Verurteilung die Strafe nicht verschärft werden darf.

Hitler, der Arbeitersdreck.

So beurteilt das antimarxistische Ausland den „Volkstanzler“.

Das Brünner Blatt unterer tschechischen Genossen, der „Mor. Prítel Lidu“, berichtet über eine kürzlich abgehaltene Versammlung der tschechischen Agrarier in Uhřetiv in Mähren, bei der sich eine ungemein charakteristische Episode abgepielt hat. Das Referat in dieser Versammlung erstattete ein einflussreicher Führer des mährischen reaktionären Flügels der Agrarier, der Landesauschussführer Stoupal, der es während seiner Tätigkeit innerhalb der tschechischen Agrarpartei verstanden hat, es bis zum Großgrundbesitzer und Bankmagnaten zu bringen. Stoupals Rede war eine hemmungslose Hege gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, ein wahrer Erzech der Demagogie gegen das Proletariat und seine politischen Führer. Von Stoupal zu höchster Erregung aufgepeitscht, bemächtigte sich der verammelten Bauern eine ungeheure Erbitterung, die sich schließlich in dem gegen die Arbeiter gerichteten Ruf Luft machte:

„Hitler na vás, yy luzo!“

„Hitler über euch, ihr Gesindel!“

Der Vorfall ist wahrlich bezeichnend dafür, daß die Arbeiterfeinde in allen Ländern das deutsche Blutregime schon richtig einzuschätzen verstehen. Nach einem halben Jahr hat es der Führer der nationalsozialistischen „Arbeiter“partei so weit gebracht, daß die politisch gewiß nicht allzu gründlich gebildeten mährischen Bauern in ihn den Inbegriff der Unterdrückung der Arbeiterschaft erblickten. Er ist zum Brennpunkt aller Bestrebungen geworden, die dem Arbeitsmenschen keine schwer errungenen Rechte wieder entreißen wollen, zum leuchtenden Vorbild der internationalen Reaktion. Was

nützen da alle Aufmärsche und Rundfunkreden, alle „Arbeitsfronten“ und Toge der „nationalen Arbeit“, der brutale Ausbeuterinstinkt der Verrentlosse durchschaut den iden Alimbin schneller, als es seinen Akteuren recht sein sollte! Hitler und sein Regime haben heute schon den richtigen Platz im Bewußtsein des Auslandes gefunden als Ideal aller Unterdrücker und als

Schredgespenst aller Unterdrückten. „Der Hitler über euch“ haben die Faschisten des Herrn Stoupal den tschechoslowakischen Arbeitern gemündigt und man muß sagen, daß sie ihr Geschäft ganz ausgezeichnet zu verstehen scheinen, denn es gibt keinen ärgeren Fluch, kein grauames Verhängnis für die arbeitende Menschheit, als das blutbefleckte System des deutschen Faschismus.

Neue öffentliche Arbeiten auf Rechnung der Arbeitsanleihe.

Beschluß des Ministerrats.

Prag, 7. Juli. (Tsch. P. B.) In der heute stattgefundenen Sitzung des Ministerrats wurde das am 12. Mai d. J. in Paris abgeschlossene Zusatzabkommen zum tschechoslowakisch-französischen Handelsvertrag mit Wirkung vom 10. Juli genehmigt.

Genehmigt wurden folgende Regierungsverordnungen: Der Entwurf einer Verordnung über die amtliche Eichung von Gasmessern; der Entwurf einer Verordnung über die Aufhebung des Manipulationsbeitrages aus Mineralölen und der Komplex von Verordnungen auf Grund des Zollgesetzes sowie von verschiedenen weiteren Maßnahmen, die durchwegs Einzelfragen regeln, die mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs am 15. Juli d. J. zusammenhängen.

Genehmigt wurden die Richtlinien für die Aufnahme neuer Kräfte in den Staatsdienst, für Umrechnungen oder Uebertritte in eine höhere Dienstklasse oder in eine andere Dienstkategorie u. ä. und weiter für die Pensionierung und Disziplinierung.

Genehmigt wurde die Wiederherstellung der Funktionszeit und die Ernennung der Mitglieder der staatlichen Regulierungskommission für die Hauptstadt Prag.

Auf Antrag der Devisenkommision wurden infolge der mit dem neuen Zolltarif zusammenhängenden Regelungen die Änderungen des Verzeichnisses der Waren genehmigt, für deren Einfuhr die Bescheinigung der Tschechoslowakischen Nationalbank über die Zahlungsmittelzuweisung nicht notwendig ist (sogenannte freie Warenlisten).

Behandelt wurden die Berichte aus den Ver-

handlungen der engeren Ministerkomitees über aktuelle Angelegenheiten. Beschlossen wurde, dem Justizministerium aufzutragen, daß es einen Gesetzentwurf über die Reorganisation des derzeit in den Wirkungsbereich des Staatsgerichtes fallenden Gerichtswesens vorbereite.

Bewilligt wurden die Mittel für Bauten und Arbeiten auf dem Gebiete der staatlichen und autonomen Verwaltung als weitere (dritte) Etappe der Investitionen auf Rechnung der Arbeitsanleihe, und zwar im Betrage von rund 307 Millionen Kronen.

Mit Hinzurechnung der Beträge von rund 106 Millionen Kronen und 553 Millionen Kronen, die in der ersten und zweiten Etappe bewilligt wurden, beträgt der bisher für die Investitionen aus der Arbeitsanleihe zugewiesene Betrag insgesamt rund 966 Millionen Kronen.

In der gegenwärtigen dritten Gruppe ist besonders an einem Zivilflugplatz in Prag, an das umfangreiche Investitionsprogramm der Selbstverwaltungen, weiter an die Investitionen bei den staatlichen Unternehmungen der Post und Telegraphen, der Eisenbahnen und der staatlichen Wälder und Güter, an Straßenverbesserungen im Rahmen des Straßentonds u. ä. gedacht. Zum Abschluß dieser Etappe wird ein Ministeriumskomitee mit Beschleunigung weitere Anträge ausarbeiten.

Schließlich wurde die Tagesordnung der administrativen, wirtschaftlichen und personalen Angelegenheiten erledigt.

Berliner Hunnen-Aerzte

lassen massenhaft „marxistische“ „Kollegen“ verhaften!

Berlin, 7. Juli. Das Conti-Büro meldet: Unter dem Namen „Beratungsstelle für Aerzte“ hatte sich eine Organisation marxistischer, kommunistischer und anarchistischer Aerzte aufgetan, gegen die jetzt eine Anzeige erstattet worden war. Heute morgens gegen 6 Uhr versammelten sich sämtliche SA-Aerzte im Staatspolizeiamt, von wo aus eine Aktion gegen die Geheim-Organisation ausging. Rund 30 marxistische Aerzte (nach einer anderen Meldung fünfzig) wurden verhaftet und ein zahlreiches Material wurde beschlagnahmt. Es habe sich ergeben, daß die Beratungsstelle für Aerzte ein staatsfeindliches Unternehmen darstelle und Kreuzpropaganda verbreitet habe..

Schmutzig ist er natürlich auch!

20 Mark Patengeschenk Hitlers für das 17. Kind eines Arbeiters.

Berlin, 7. Juli. Dem Arbeiter Karl Seidl in Kreuz wurde das 17. Kind geboren und dem Reichkanzler Hitler die Ehrenpatenschaft angeboten. Der Reichkanzler hat die Patenschaft angenommen und den Eltern in einem Schreiben seine besten Glückwünsche zu dem Kinde ausgesprochen. Dazu hat der Reichkanzler eine Ehrengabe von 20 RM. (ca. 160 Kr.) den Eltern überweisen lassen.

Schutz der „Wirtschaftsführer“

Hitler sagt: Die Ideen des Programms verpflichten uns nicht.

Auf der Konferenz der Reichsstatthalter am 6. Juli machte Reichkanzler Adolf Hitler grundlegende Ausführungen über die Einstellung der nationalsozialistischen Staatspolitik zur Wirtschaft: Wir müssen jetzt die letzten Ueberreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Reichshohen der Abstammung und der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie heute noch vielfach vorkommen, und die Verantwortung der Einzelpersonlichkeit überall zur Geltung bringen. Man müsse sich davor hüten, rein formale Entscheidungen von heute auf morgen zu fällen und davon eine endgültige Lösung erwarten. Man dürfe erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umschaltung hat. Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangan und zum Stehen gebracht worden. Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste.

Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absehen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist, zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nur das Können ausschlaggebend sein und nichts anderes. Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist die Sicherstellung der Entwicklung unseres Volkes.

Man soll aber nicht herumsuchen, ob noch etwas zu revolutionieren ist, sondern wir haben die Aufgabe, Position um Position zu sichern. Wir müssen dabei unser Handeln auf

viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen.

Durch theoretische Gleichhaltungen schaffen wir keinem Arbeiter Brot! Die Geschichte aber wird ihr Urteil über uns nicht danach abgeben, ob wir möglichst viele Wirtschaftler abgesetzt und eingespart haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen. Der Wirtschaftler muß in erster Reihe nach seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten beurteilt werden und

wir müssen selbstverständlich die wirtschaftliche Apparatur in Ordnung halten. Es kommt jetzt nicht auf Programme und Ideen an. Die geistigen Bazillenträger, die jetzt in die Wirtschaft einzudringen suchen, bringen Staat und Volk in schwere Gefahr.

Man darf nicht die praktische Erfahrung ablehnen, weil sie gegen eine bestimmte Idee ist. Wenn wir mit Reformen vor die Nation hintreten, müssen wir auch beweisen, daß wir die Dinge verstehen und sie meistern können. Unsere Aufgabe heißt: Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit! Unser Programm ist nicht geschaffen, um schöne Gesten zu machen, sondern um dem deutschen Volke das Leben zu erhalten. Die Ideen des Programmes verpflichten uns nicht, wie Karren zu handeln und alles umzustürzen.

Die Reichsstatthalter hätten dafür zu sorgen und seien dem Reichkanzler dafür verantwortlich, daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßen, Personen absetzen und Ämter besetzen, wofür allein die Reichsregierung, also in Bezug auf die Wirtschaft, allein der Reichswirtschaftsminister, zuständig wäre.

Die Sabotage in Oesterreich.

Wien, 7. Juli. Die österreichischen Nationalsozialisten feierten die Sabotageakte fort. In der Nacht auf Freitag zerschlugen sie einige Straßen-Telephonzellen im XVII. und XVIII. Bezirk und rissen an einigen Stellen die elektrischen Drähte durch. Ueberall verstreuten sie eine Menge von Zetteln mit dem Hakenkreuz. Die Polizei verhaftete sieben Angehörige der Hitler-Jugend. In Brunn am Gebirge an der Südbahn bei Wien verbrannte in der Nacht auf Freitag ein Doppelmast der elektrischen Leitung. Die Behörden schreiben auch diesen Brand den Nationalsozialisten zu. Unweit Kettne in Tirol wurde die elektrische Leitung beschädigt, so daß die Gemeinde ohne elektrischen Strom war. In Bad Gastein brachten vor einigen Tagen die Nationalsozialisten an einem Baume oberhalb des bekannten Wasserfalles eine große Fahne mit dem Hakenkreuz an. Ein Arbeiter, der den Auftrag zur Befestigung der Fahne erhielt, stellte aber fest, daß der Baum in sieben Meter Höhe angeschnitten war, so daß jeder, der versucht haben würde, den Baum zu erklimmen, in den Wasserfall gestürzt wäre. Die Polizei forschte als Haupttäter den 20jährigen Kolporteur nationalsozialistischer Blätter, Gruber, aus, der geständig ist.

Verschärftes Verfahren

gegen politische Gefangene

Wien, 6. Juli. (Wolff.) Das österreichische Justizministerium hat an die Staatsanwaltschaften eine Anweisung zum verschärften Vorgehen gegen politische Häftlinge erlassen, die sich offensichtlich gegen die zur Zeit in Haft befindlichen Nationalsozialisten richtet. Danach seien die Strafverfahren gegen diejenigen Personen, die in letzter Zeit wegen der politischen Verhältnisse festgenommen wurden, beschleunigt zu werden. Das Justizministerium empfiehlt sogar, von der Einleitung einer Voruntersuchung je nach den Umständen abzusehen und die Aufklageschriften unmittelbar einzubringen. Die Gerichtsbehörden werden angewiesen, die Bewilligung von Besuchen bei den in Haft befindlichen Personen einzuschränken oder ganz einzustellen. Auch das Recht der Selbstbefristung darf nur noch denjenigen Personen bewilligt werden, die sich wegen Uebertretungen in Untersuchungshaft befinden.

Krawalle in Graz

während der Anwesenheit des Bundeskanzlers.

Graz, 7. Juli. Im Rahmen seiner Propagandafahrt für die österreichische „Vaterländische Front“ sprach am Donnerstagabend hier Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der in seiner Rede die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich außerordentlich scharf angriff.

Wer die Hoffnung geschöpft hatte, sagte Dollfuß, daß eine Entspannung der Lage sich vorbereite, der ist gestern schwer enttäuscht worden. Mit der gestrigen Rede im bayrischen Rundfunk gegen Oesterreich, die wohl das Schlimmste darstellt, was man sich denken kann, will man dem deutschen Volk in Oesterreich Schwierigkeiten bereiten. Wir glauben, daß es auch in den nationalen Kreisen christliche Menschen gibt, die auf die Dauer nicht mit der Verlogenheit einverstanden sein können, mit der in der letzten Zeit von innen und außen her gegen Oesterreich gekämpft wird.

Die Nationalsozialisten benötigen die Anwesenheit des Kanzlers zu Krawallen. Schon während der Rede zogen sie unter Abfingern des Deutschland- und des Dort-Bessel-Liedes über den Ring und sammelten sich besonders stark vor der Oper an. Der Polizei gelang es erst nach Heranziehung von Verstärkung und unter Anwendung des Gummiknüppels, die Nationalsozialisten vorübergehend zu zerstreuen. Nach Beendigung der Rede des Bundeskanzlers kam es zwischen Nationalsozialisten, die nun die Straßen einsäumten, und Teilnehmern an der Kundgebung der „Vaterländischen Front“ zu Zusammenstößen, bei denen etwa zehn Personen leicht verletzt wurden. Etwa 50 Personen wurden in Haft genommen.

Drill für Referendare.

Berlin, 6. Juli. Der preussische Justizminister Kerkernannte den Sturmbannerführer Rechtsanwalt Dr. Spieler zum Oberstaatsanwalt und betraute ihn mit der Leitung des Gemeinschaftslagers für Referendare. Der Minister betonte, daß die jungen Referendare, die später einmal Rechtsanwälte oder Richter sein sollen, in diesen Gemeinschaftslagern dazu erzogen werden sollen, die für den Richter unbedingt erforderliche „soziale Verbindung mit dem Volk“ zu bekommen, also zum Gemeinschaftsleben erzogen werden und dabei vor allem auch die „wahre Kameradschaft“ kennen lernen und das „schlichte Deutschtum“, das allein sie befähigt, später als Rechtsanwälte oder Richter im nationalsozialistischen Sinne tätig sein zu können. Oberstaatsanwalt Spieler teilte mit, daß bereits demnächst der erste derartige Lagerkurs auf dem — Truppenübungsplatz in Jüterborg beginnen werde.

Der letzte Mandatsraub.

Berlin, 8. Juli. In einer Verordnung zur Sicherung der Staatsführung, die der Reichsminister des Innern heute auf Grund der Ermächtigung im Gleichschaltungsgesetz erlassen hat, wird bestimmt:

Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der sozialdemokratischen Partei für den Reichstag und die Landtage (Bürgerschaften) auf Grund des Wahlergebnisses vom 5. März 1933 ist unwirksam. Für den Reichstag fallen also 120 Sitze der SPD. und 5 Sitze der Staatspartei weg. Diese Sitze werden nicht wieder besetzt. Desgleichen wird die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der SPD. für die gemeindlichen Selbstverwaltungsorgane, also die Kreistage, die Bezirkstage, Bezirksräte, Stadträte, Stadtverordnetenversammlung, Gemeinderäte für unwirksam erklärt. Bei diesen Selbstverwaltungsorganen können zur Aufrechterhaltung der gemeindlichen Selbstverwaltung die Sitze neu besetzt werden. Das Gesetz bestimmt in der Weise, daß die Erbsamänner von der staatlichen Aufsichtsbehörde entsprechend den Volkswillen nach Ueberwindung des Parteienstaates frei berufen werden.

Aus dem Zuchthaus.

Berlin, 7. Juli. In einer gegen acht Kommunistische Funktionäre geführten Verhandlung vor dem Schleswig-Holsteinischen Sondergericht in Altona wurde einer amtlichen Nachricht zufolge „festgestellt“, daß bei der kommunistischen Partei der Plan bestand, die wichtige Hochbrücke, die bei Hochdamm über den Kaiser-Wilhelm-Kanal führt, in die Luft zu sprengen. Die Betreffenden hätten bereits zwei Koffer mit Sprengstoff bereitgehalten und auch durch Messungen und Zeichnungen die beste Art der Ausführung des Anschlags vorbereitet. Der eigentliche geistige Urheber dieses Planes soll bisher noch nicht ermittelt worden sein. Der Hauptangeklagte wurde zu acht (!) Jahren Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu Zuchthausstrafen in der Dauer von einhalb bis zu sechs Jahren verurteilt.

Zwei Lager in London.

Die Ratlosigkeit der „Weltwirtschaftler“. London, 7. Juli. Der Schwerpunkt der Weltwirtschaftskonferenz wurde heute in die Finanzkommission verlegt, wo sich die Debatte um zwei Anträge drehte. 1. Ein Antrag Chamberlains, der dahin geht, daß die Kommission die Durchberatung aller Punkte ihres Programms in der ursprünglichen festgesetzten Form fortsetze. 2. Ein Antrag Madgearus, der verlangt, daß die Kommission weiterhin nur die Frage der zwischenstaatlichen Verschiedenheit prüfe. Dieser letzte Antrag wird von den Franzosen unterstützt, welche erklären, es sei unmöglich, mit Erfolg die Währungsfragen durchzubedenken, solange die Vereinigten Staaten es ablehnen, wenigstens nur einer zeitweiligen Stabilisierung für die Konferenzdauer beizutreten.

In der gemeinsamen Debatte teilten sich die Delegationen in zwei Lager: Das eine wird von den Franzosen geführt, das zweite von den Engländern. Ganz Europa — mit Ausnahme von Portugal und Skandinavien, die für Chamberlains Antrag stimmten — sprach sich für die Währungsstabilisierung und gegen die Inflation aus. Im Namen der tschechoslowakischen Delegation erklärte Gesandter Johann Wlaschek, er stimme mit dem Antrage Madgearus überein und betonte, daß Mitteleuropa aus eigenen Erfahrungen die Gefahren und Gefahren der Inflation und der Instabilität kenne und irgendwelche Experimente in dieser Richtung auf den starken Widerstand der öffentlichen Meinung Mitteleuropas stoßen würden. Unter den gegebenen Umständen und mit Rücksicht auf den Standpunkt der Vereinigten Staaten unterstützt die Tschechoslowakei den Antrag Frankreichs. Bei der Abstimmung erhielt der Antrag Chamberlains 25 Stimmen und der tschechoslowakisch-französische Antrag 15 Stimmen. Die Angelegenheit wird nun Montag dem Zentralausschuß zwecks Weiterberatung vorgelegt werden.

Im Wirtschaftsausschuß zeigten sich ähnliche Meinungsdivergenzen darüber, ob es nützlich ist, die Diskussion über handelspolitische Fragen fortzusetzen, solange die Unklarheit in den Währungsfragen anhält. Gegenüber einer zahlenmäßig stärkeren und von Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz geführten Staatengruppe empfahl die von England und Amerika geführte zweite Gruppe die Fortsetzung der Verhandlungen über einige Spezialfragen mit der Bedingung, daß die großen handelspolitischen Probleme entsprechend der Lösung der Währungsprobleme bereinigt werden. Für die Tschechoslowakei neigte Dr. Peroutka der französischen These zu und betonte, daß die Ergebnisse der gegenwärtigen Arbeiten in handelspolitischen Angelegenheiten ohnehin von der Klärung in den währungsrechtlichen Fragen abhängig bleiben würden.

Prager Dozent mit Frau und Kindern von einer Lawine im Dachsteingebiet getötet.

Wien, 7. Juli. Wie aus Gosau gemeldet wird, wurde gestern Dr. Bohuslav Feierabend aus Prag mit seiner Gattin Marie und zwei Kindern auf dem Fingersteig im Dachsteingebiet durch eine niedergehende Lawine verschüttet. Alle vier Personen sind tot geborgen worden. Eine Bergungsexpedition bringt die Leichen nach Gosau.

Dozent Dr. Bohuslav Feierabend wurde im Jahre 1895 in Wildenschwert an der Adler geboren. Er war Chef der Abteilung für die Erzeugung von Seren und Impfstoffen im Staatlichen Gesundheitsamt in Prag. Diese Abteilung war sein Werk. Er war ihr Begründer und Chef seit Beginn der Tätigkeit des Staatlichen Gesundheitsamtes. Vor zwei Jahren habilitierte sich Dozent Feierabend an der Karlsuniversität für Bakteriologie und Immunologie. — Er schrieb etwa dreißig überaus wertvolle wissenschaftliche Werke aus dem Gebiete der Bakteriologie und Serologie. Vor drei Jahren begründete er die Produktionsunion der serologischen Produktionsinstitute in Warschau, Agram und Prag.

Die Leiche Dr. Feierabends noch nicht gefunden.

Wien, 7. Juli. Entgegen den früheren Meldungen wird aus Gosau gemeldet, daß die Leiche Bohuslav Feierabends noch nicht gefunden wurde. Es wurden lediglich seine Gattin und die beiden Kinder tot geborgen.

Der Gosauer Bergführer Samuel Schiffsbänker, der die Familie begleitete, ist ein erfahrener und bekannter Alpinist und wurde wie durch ein Wunder gerettet. Er ist von der Lawine zwar erfasst worden, wurde auch zu Boden geschleudert, befand sich aber schon knapp am Rande des niedergehenden Schneefeldes, so daß er mit leichten Verletzungen davonkam. Er schleppte sich zur naheliegenden Abalmehütte, von wo ein Bote ins Tal geschickt

wurde, der wiederum die Gendarmerie in Gosau verständigte. Die Rettungsexpedition, die sofort an den Ort der Katastrophe entsandt wurde, stand unter der Führung des Revierinspektors Wiesinger. Nach mehrstündigem Suchen gelang es der Rettungsexpedition, zuerst die Frau zu finden. Einige Schritte weiter lagen die zwei Kinder. Dozent Feierabend wurde von der Lawine in anderer Richtung mitgerissen und es gelang bisher trotz der angestrengten Suche nicht, seinen Leichnam zu bergen oder auch nur eine Spur von ihm zu entdecken. Der Berg, wo sich das Unglück ereignete, bietet keine besonderen Schwierigkeiten bei der Besteigung, es gehen aber sehr häufig Lawinen nieder. Die Toten wurden nach Gosau gebracht.

Noch zwei Opfer der Alpen.

Innsbruck, 7. Juli. Der 20jährige Innsbrucker Handelsakademiker Franz Fud, der seit dem 4. d. von einem Ausflug auf die Rod-Spize noch nicht zurückgekehrt war, wurde am Nordabhang des Berges tot aufgefunden. Er war beim Blumensuchen über eine 25 Meter hohe Felswand gestürzt.

Der 31jährige Betriebsleiter der Wiener Gaswerke, Alfred Vogel, hatte am Montag den Bettelwurf bei Hall bestiegen. Dabei hatte er ein Schneebrett losgetreten und war mit diesem bis 400 Meter unterhalb des Gipfels tödlich abgestürzt. Die Leichen der beiden wurden bereits geborgen.

Tagesneuigkeiten

Auto-Tod.

Aus Jglau wird berichtet: Auf der Staatsstraße zwischen Deutsch-Brod und Jglau stieß bei der Gemeinde Jbonkóv am 5. d., um halb 8 Uhr früh ein Luxusabriolet Horch von hundert Pferdekraften, das dem 54jährigen Prokuristen der Versicherungsgesellschaft „Concordia“ Heinrich Gollasch aus Reichenberg gehörte und von dem Chauffeur Anton Endisch gesteuert wurde, in heftiger Fahrt auf einer vollkommen geraden Straße in einer Allee auf einen Baum. Gollasch, der neben dem Chauffeur saß, wurde durch den Anprall aus dem Auto herausgeschleudert und blieb mit zerstückelter Schädel liegen. Er starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Frau Irma Gollasch, die Frau des Prokuristen, die rückwärts gesessen war, und der Chauffeur blieben unverletzt. Dieser wurde verhaftet. Es wurde festgestellt, daß das Auto schon 120 Schritt vor der Unfallstelle auf der anderen Straßenseite gegen einen Baum angefahren war.

Mittwoch um halb 18 Uhr fuhr ein von dem Chauffeur Dvořák gelenktes Lastauto mit 170 Zentner Sand beladen aufwärts zur Stadt. Dem Lastauto kam der 50jährige Fabrikarbeiter Josef Němec aus Pulice, der aus der Arbeit fuhr, auf einem Rade entgegen. Gerade als er das Auto passierte, plachte infolge des starken Bremsens die Pneumatik des Vorderrades des Velocipeds, so daß er ins Schwanken geriet und sich in der Karosserie des Autos verfang. Er wurde von dem Auto erfasst und von dem Hinterrad überfahren. Durch das Auspuffrohr wurde ihm der Schädel zertrümmert und der Rumpf von den Rädern des Autos zertrümmert. Er war auf der Stelle tot. Das Fahrrad hatte Němec erst vor einer Woche gekauft und konnte noch nicht gut fahren. Er hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

Anfall des Pilsner Bürgermeisters Genossen Vit.

Pilsen, 7. Juli. Heute mittags fuhr der Bürgermeister der Stadt Pilsen, Vit, mit dem Stadtrat Vesal im Auto zum Besuche des Ferienlagers nach Rajova und dann weiter nach Knob. Auf der Straße bei Mies wollte an einer Kreuzungsstelle das Pilsner Auto ein anderes Auto überholen, das einem deutschen Oberlehrer aus Mies gehörte. Das Mieser Auto stieß mit größter Heftigkeit gegen den Pilsner Wagen. Durch den Anprall wurde das Pilsner Auto über einen breiten Graben in den Wald geschleudert, wobei auch das andere Auto mitgerissen wurde. Das Glas des Pilsner Wagens wurde vollkommen zertrümmert. Bei dem Anprall wurde der Bürgermeister von Pilsen durch Glassplitter im Gesicht verletzt. Er erlitt eine blutende Kopfwunde, außerdem Brustquetschungen. Stadtrat Vesal wurde gleichfalls am Kopfe verletzt. Die vier Insassen des Mieser Autos kamen ohne Schaden davon. Der Lenker des Pilsner Autos Volf erlitt eine leichte Verletzung am Ohr. Die Verletzten fuhrten in das Pilsner Krankenhaus, wo ihnen die Wunden gereinigt und verbunden wurden.

Ein mörderisches Bergwerk.

Wieder zwei Tote in Reddinghausen. Reddinghausen, 7. Juli. Auf der Feste „König Ludwig“ haben neuerdings zwei Bergknappen den Tod gefunden. Freitag vormittags wurde der 48jährige Bergknappe August Kaiser durch plötzlich hereinbrechendes hangendes Gestein auf der Stelle getötet. Der 28jährige Bergmann Stanislaus Rejz erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Ein Tropen-Hurrikan.

Brownsville (Texas), 7. Juli. Der Hafen und die Stadt Pori Isabel wurden gestern spät abends von einem heftigen Tropen-Hurrikan heimgesucht, der ungeheure Wellen aus der mexikanischen Bucht vor sich hertrieb und den ganzen Hafen überschwemmte. Man befürchtet, daß viele Menschen umgekommen sind. Der Umfang des angerichteten Schadens läßt sich noch nicht abschätzen. Der Wirbelwind wendete sich dann in das Binnenland, wo er die prächtigen Zitronenplantagen im Tale des Rio Grande verwüstete. Viele Farmen und andere Wohngebäude wurden durch den Tropensturm arg mitgenommen.

Matern sitzt gesund in Sibirien...

Moskau, 7. Juli. (Reuter.) Der amerikanische Flieger Matern, von dem man seit fast vier Wochen keine Nachricht mehr erhalten hatte, befindet sich vollkommen gesund in Anadirskutta in Sibirien. Seit Materns Abflug von Chabarowsk nach Alaska am 12. Juli hatte man nichts mehr von ihm gehört.

Drei Fliegerkatastrophen

an einem Tage in Polen. Warschau, 7. Juli. Im Laufe des heutigen Tages ereigneten sich in Polen drei schwere Flugzeugunfälle. In der Nähe der Ortschaft Grodziska-Mazowieckie stürzte während eines Übungsfluges ein Militärdoppeldecker mit vier Insassen ab. Das Flugzeug wurde total zertrümmert, ein Insasse, ein Leutnant wurde getötet, die drei übrigen schwer verletzt. — In dem Ausflugsort Dwov bei Warschau mußte ein Militärflugzeug in der Straße dieser Stadt eine Notlandung vornehmen. Der Pilot, ein Fähnrich, erlitt schwere Verletzungen und starb auf dem Wege ins Krankenhaus. In der Nähe der Ortschaft Dencie mußte gleichfalls ein Militärflugzeug notlanden, wobei es schwer beschädigt wurde. Der Pilot erlitt ernste Verletzungen.

Mörderischer Ueberfall auf eine Feldarbeiterin.

Brünn, 7. Juli. In den Feldern bei der sogenannten Klein-Majdovla hinter Brünn wurde heute von einem unbekanntem Manne die 21jährige Justina Vond aus Svítavla, die dort auf den Feldern arbeitete, überfallen. Zwischen den beiden entspann sich ein hartnäckiger Kampf, wobei ihr der Mann durch Hiebe mit einer Erbhacke schwere Verletzungen am Kopf und Rücken zufügte. Sie wurde in erstem Zustande in ein Brünnner Krankenhaus überführt. Nach dem Angreifer wird gefahndet.

Ein Tag im Paradies... Man neigt dazu, sich durch einen Nadelstich ins Fleisch zu vergewissern, daß man nicht träumt, sondern Wirklichkeit erlebt, wenn man die Bilder vorüberziehen sieht, die die Hitlerproduktion an einem einzigen Tage auf die braune Leinwand der Geschichte wirft. Greifen wir einen solchen Tag heraus! Von gestern auf heute wird der Welt unter anderem — denn wir können nur einen Ausschnitt verzeichnen — kundgetan: die Arbeiter und Angestellten sind „freiwillig“ zu einer Arbeitspende gezwungen, sich einem Lohnabzug zu unterwerfen, der angeblich der Finanzierung der öffentlichen Arbeiten zugeführt werden soll; zunächst machen das Geschäft die Unternehmer, die nunmehr eine kleinere Lohnsteuer zu bezahlen haben. So sieht das Dritte Reich der deutschen Arbeiter aus! Und gleichzeitig wird eine Rede Hitlers gemeldet, in der er plötzlich von der Verpflichung spricht, nicht wie Narren zu handeln und alles umzustürzen, sondern klug und vorsichtig unsere Gedankengänge zu verwirklichen. Das heißt: von der sozialen Revolution, mit deren Verheißung Hitler die Arbeiter fütterte, wird nun eingestanden, weit und breit keine Rede sein. Im Uebrigen aber wird Narren- und Verbrechen weiter amtlich gefördert: man lese die Nachrichten von der Verhaftung der fünfzig „marxistischen“ Ärzte durch SA-Arzte in Berlin — wieder ein Faktum, das beweist, daß man es in den deutschen Faschisten mit Abnormalen zu tun hat, denn auch diese Episode ist ohne Gleichnis in der Geschichte. In die tiefsten Tiefen des faktenkreuzerischen Unmenschtums aber leuchtet jene Tagesmeldung hinein, die berichtet, daß von nun an die soziale Gerichtshilfe im Bereich der preussischen Justiz wegfalle, da die Strafe ein Uebel sein müsse und es „unzeitgemäß“ sei, das Los der Strafgefangenen zu erleichtern! Angesichts solcher sozialen Fühllosigkeit und Verantwortungslosigkeit, angesichts solch freudig betonten Sabismus kommt uns wirklich zu Bewußtsein, wie recht neulich der Brieffschreiber hatte, der die Hunnen gegen den Vergleich mit den Hitlerfaschisten in Schutz nahm. Die deutsche Sprache hat kein Wort, um diese... treffend zu bezeichnen. Aber sie wird es finden und es wird in die Geschichte eingehen als die Erinnerung an einen Abdruck, unter dem, nicht nur in Deutschland, Abermillionen Menschen unjählich litten. Aber von dem Nachher, nach dem Erwachen, wird die Geschichte noch mehr zu erzählen wissen!

Endlich heitereres Wetter! Unter dem Einfluß eines Hochdruckbandes, das sich nun vom Skandinavischen Druckhoch über die Subarctischen südwärts erstreckt, ist in Böhmen während der Nacht auf Freitag Ausheiterung eingetreten. Wahrscheinliches Wetter heute: Im Westen und in den mittleren Teilen des Staates: Im ganzen schön, mäßig warm.

Hitzewelle in Frankreich. In Paris verzeichnete Donnerstag das Thermometer 30,5 Grad Celsius, um 23 Uhr betrug die Temperatur noch immer 27 Grad Celsius. Aus Marseille und Bordeaux werden 34, aus Bayonne sogar 35 Grad Celsius gemeldet.

Kältewelle in Bulgarien. Fast ganz Bulgarien wurde mitten im Sommer von einer Kälte- welle heimgesucht. In den höheren Lagen sank die Temperatur fast auf den Nullpunkt und auf dem Musalla, dem höchsten Berge Bulgariens und des Balkans überhaupt, ist Schnee gefallen.

Eine Generals-„Leiche“. Das Zofioter Militärgericht verhängt das endgültige Urteil gegen den General Philipow, den Chefintendanten des bulgarischen Kriegsministeriums. General Philipow wurde wegen Annahme von Bestechungsgeldern zu schwerem Kerker in der Dauer von fünf Jahren, zu einer Geldstrafe von einer halben Million Lewa und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte in der Dauer von acht Jahren verurteilt. Gleichzeitig wurde auch der Unternehmer Michail Georgiew zu anderthalb Jahren schwerem Kerker verurteilt.

Vom Rundfunk

Samstag: Prag: 6.00 Gymnastik. 10.10 Schallplatten. 14.50 Schallplatten. 17.55 Gefahren der Gebrige im Sommer. 18.30 Deutsche Sendung: Rezitationen. 19.10 Prof. Arafel: Was will ein Kranter vom Chirurgen wissen? — Brünn: 18.25 Deutsche Sendung: Zitherkonzert. 22.15 Tanzmusik. — Wien: 15.45 Weingartner: Der Weg, Inderzollus. 18.30 Musik der alten Ander. 22.15 Abendkonzert. — Leipzig: 18.30 Das gute Buch. — Berlin: 18.20 Die fremde Welt. 20.30 Mit dem Varenführer durch Berlin. — München: 18.10 Schottische Volkslieder. 20.20 Bunter Abend.

Bulgarien errichtet eine Radio-Sendestation. Bulgarien und Albanien sind derzeit die einzigen Staaten in Europa, die keine Radio-Sendestation besitzen. Nun soll in Sofia zum Bau einer großen modernen Station geschritten werden. Der 50-KW-Sender soll mit den modernsten technischen Errungenschaften ausgestattet und so angelegt werden, daß er später in einen 100-KW-Sender umgewandelt werden kann.

Zu Tode gearbeitet. In Jalaou starb auf dem Bezirksamt plötzlich infolge Überarbeitung gestern nach seinem Eintreffen im Büro der Oberkommisär Jung Emil Franke im Alter von 45 Jahren. Er war ein bekannter westmährischer Fachmann auf dem Gebiete der Staatsbauten und Straßenarbeiten. Den ganzen vorgestrigen Feiertag hatte er in seinem Büro verbracht und Altes erledigt. Er hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder.

Zum 50. Mal straffällig. Die Polizei in Pardubitz verhaftete den 61jährigen Josef Ruda aus Postřov bei Stutes, der bereits 49 mal vorbestraft ist. Er hat die Brauerei in Medlešice betrogen, indem er einen Wagon Bier für einen nicht existierenden Kunden bestellte.

Ertrunken. In Warnemünde ereignete sich Donnerstag nachmittag auf dem Breitling ein Segelbootunglück, bei dem zwei Kinder ertranken. Ein sofort an die Unglücksstelle beordneter Taucher konnte die Kinder nur als Leichen bergen.

Gefunken. In der Nacht auf Freitag ist beim Eingang in die Meerenge von Gibraltar der französische Frachtdampfer „Neola Paquet“ auf ein Riff aufgefahren und untergegangen. Die Passagiere und die Besatzung konnten gerettet werden.

Eingeborene plündern. In Tlemcen (Algerien) veranstalteten Donnerstag zahlreiche mit Totschlägern bewaffnete Eingeborene einen Umzug durch die Stadt und plünderten Läden.

Ein Erdbeben war gestern mitternachts in der Umgebung von Pisa zu verspüren. Die Bevölkerung floh in die Felder. Schäden werden keine gemeldet.

Schwarz auf weiß.

Von Gerhart Gleichberg.

„Auf meinen Blick kannst Du Dich verlassen,“ sagte mein alter Freund Valentin Dunkel, als er mich zum erstenmale seit unserer gemeinsamen Schulzeit wieder erblickt hatte, ohne daß ich ihn auf der Stelle erkannt hätte. Er sagte es mit einer besonderen Betonung, die, wie ich bald erfuhr, zu seinem Beruf gehörte. Während wir so einflussarm gewesen waren, unsere Jahre mit der Vorbereitung auf Berufe zu verbringen, die uns im besten Falle die teilweise Bezahlung unserer Schulden ermöglichten, hatte Valentin sich der modernen Magie ergeben und genoz als Schriftdeuter nicht nur höheres Ansehen, sondern auch erheblich höhere Einnahmen als wir.

Das hinderte ihn aber nicht, freundlich gegen den weniger erfolgreichen Kameraden von einst zu sein. „Ich finde es rührend, daß es Leute wie Dich gibt, die noch an längst überholte Wissenschaften glauben,“ sagte er mit reizendem Lächeln. „Sei mir eine Zeile, die Du geschrieben hast, und ich werde mehr aus ihr herauslesen, als Deine sämtlichen Leser aus Deinen sämtlichen Schriften.“

Als ich eine halbe Stunde in seinem weiträumigen, mit acht Hilfskräften, zehn Schreibmaschinen, zwölf Bücherschränken, sechzehn Archiven und vierhundert garantiert echten Anerkennungs schreiben gefüllten Schriftdeutungs-Zentralinstitut verbracht hatte, war ich bereits über meinen fragwürdigen Charakter, meine mangelnden Fähigkeiten hinreichend aufgeklärt. „Es ist ein lächerlicher Zeitverlust, auf das zu achten, was die Menschen schreiben,“ erklärte Valentin mit freundlichem Nachdruck. „Nicht was sie schreiben, ist wichtig, sondern wie sie schreiben. Jeder Schnörkel, jeder Auftrieb, jedes Zittern verrät ihre geheimsten Gedanken und Eigenschaften. Einem Kenner wie mir, kann nichts verborgen bleiben. Du hättest mir gar nicht so viel von Dir erzählen können, wie ich aus den drei Zeilen herausgelesen habe, in denen Du mir Deine Adresse aufgeschrieben hast. Und wenn Du ehrlicher wärest als es der in Deiner Schrift dokumentierte Charakter zuläßt, dann würdest Du zugeben, daß Du erst jetzt über Dich wirklich Bescheid weißt.“

Es war nicht Valentins Art, Antworten abzuwarten. Er erhob sich, drückte mir zum Abschied die Hand und versprach mir, mich bei Gelegenheit anzurufen. Als ich schon an der Tür war, fragte er mich nach meiner Telefonnummer. Und als ich ihm sagte, daß ich sie ihm auf den Zettel neben meine Adresse geschrieben hatte, bemerkte er mit herablassendem Lächeln: „Das habe ich natürlich nicht sehen können. Ich habe mich völlig auf Deine Schrift konzentriert.“

Als ich Valentin am nächsten Abend wieder besuchte, fand ich ihn nicht allein. Ein schwarzgelocktes, braungebranntes, großäugiges und feingliedriges Mädchen saß neben ihm, — ein Mädchen, das vom ersten Augenblick an Eindruck auf mich machte. Ich erfuhr nicht ohne Bedauern, daß es Valentins Braut war. Denn ich hatte den Magier im Verdacht, daß er die Dame nicht wegen ihres reizvollen Aussehens, sondern wegen ihrer bemerkenswerten Schriftzüge schätzte.

Es war allerdings nicht diese Besorgnis allein, die mich veranlaßte, mit Valentins Braut ein vertrauliches und angerotes Gespräch zu führen. Während er mir unentwegt von seinen deuterischen Großtaten erzählte, flüsternten wir beide uns heitere Freundschaften zu. Es wurde ein schöner Abend. Valentin redete pausenlos an uns vorbei. Wir hätten nicht ungestört sein können. Nur einmal mischte sich der magische Brautigam in unser Gespräch. Als ich der Schwarzgelockten versicherte, daß ich auch ohne das Studium ihres Schriftcharakters von ihren Vorzügen überzeugt sei, erklärte Valentin: „Das-

selbe gilt von mir. Ich habe nie etwas Schriftliches von meiner Braut zu sehen bekommen. Sie fürchtet die absolute Gewißheit, die unerbittliche Genauigkeit, mein Wissen um alle Einzelheiten. In diesem Falle,“ sagte er, „sein Glas mit großem Schwunge erhebend, „muß ich mich auf meinen Glauben und auf meinen sicheren Blick verlassen.“

„Ich komme morgen wieder zu Dir“, begann der Brief der Schwarzgelockten, den ich eine Woche später in Händen hielt. „Valentin ist ein eifriger Schwärmer. Wenn er nicht so viel Geld hätte, wäre ich nie auf den Gedanken gekommen, mich mit ihm zu verloben. Du hast keinen Grund, eifersüchtig zu sein...“ Es war ein schöner Brief, und ich habe ihn dreimal gelesen.

Aber es ist mir mit diesem Brief ein Unglück geschehen. Als ich Valentin mitteilen wollte, daß ich für einige Zeit verreisen werde, verwechselte ich den Brief der Schwarzgelockten mit meinem eigenen, — und so erhielt Valentin das Schreiben seiner Braut, in dem von seiner Eitel-

keit und von seinem Geld auf allzu ehrliche Art die Rede war.

Ich wartete mit fürchterlicher Ungebuld auf die Maßnahmen, die der Magier treffen würde. Als am nächsten Morgen ein Brief kam, rief ich ihn mit verzweifelter Spannung auf. Ich begann langsam zu lesen, — und las folgendes:

„Die von Ihnen eingesandte Schriftprobe hat nach genauer Untersuchung ergeben, daß die Schreiberin einen sehr beständigen und uneigenen Charakter hat, so daß man sich auf ihre Treue unbedingt verlassen kann. Finanzielle Vorteile werden nie Einfluß auf ihre Entschlüsse haben. Männlicher Annäherung gegenüber wird sie sich im allgemeinen spröde verhalten. Die Schreiberin verdient vollstes Vertrauen. Sie ist harmlos und nicht intransigant, von ihren Freunden schlecht zu reden und zu denken. Kritik und Mißtrauen sind ihr völlig fremd. Die Schriftprobe, die uns als Unterlage für unsere wissenschaftliche Analyse diente, senden wir Ihnen in der Anlage mit bestem Dank zurück.“

Zentralinstitut für Schriftdeutung, gez. Valentin Dunkel.“

Goerings Schuld am Reichstagsbrand.

Beschworenes Zeugnis eines Nazisturmtruppführers.

Am späten Abend des 27. Feber 1933, vier Wochen nach der Einsetzung der Hitlerregierung durch Hindenburg und eine Woche vor der Reichstagswahl ist ein großer Teil des Reichstagsgebäudes in Berlin durch Brandstiftung zerstört worden. Sofort beschuldigte die Regierung die Kommunisten der Brandstiftung, ließ zahllose Verhaftungen linksgerichteter Arbeiter und Intellektueller vornehmen, unterdrückte für immer (was sie zuerst nicht sagte) die gesamte noch erscheinende sozialdemokratische und kommunistische Presse, ließ durch Hindenburgs Unterschrift alle Verfassungsrechte der Staatsbewohner aufheben und führte dann den verleumderischsten Wahlschwarz gegen die Linke, die weder durch die Presse, noch in Versammlungen sich verteidigen konnte. Als trotzdem die beiden sozialistischen Parteien zusammen über zwölf Millionen Stimmen bekamen, die Nazis aber mit 48 Prozent aller Stimmen nicht die Mehrheit im Reichstag erlangten, schloß man die rechtmäßig gewählten 81 Kommunisten aus dem Reichstag aus und schuf sich durch diesen Gewaltstreich die Zweidrittelmehrheit aus Toten, Dreiviertel, Halbfaulen und der terroristisch eingeschüchterten übrigen Bourgeoisparteien für das Ermächtigungsgesetz.

Die „Rechtsgrundlage“ für alle Verbrechen der jetzt Deutschland regierenden Irren und Schurken ist der Reichstagsbrand.

Ein internationaler Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz Albert Einsteins, unter dessen Mitgliedern u. a. die hochangesehenen französischen Rechtsgelahrten Abg. Gaston Bergery und Prof. Jourdain sind, hat sorgfältig alle Umstände des Reichstagsbrandes untersucht, und selbstverständlich sich dabei nicht auf die amtlichen Veröffentlichungen der Hitlerleute gestützt, sondern seine eigenen Erhebungen angestellt. Wie mir dem „Daily Herald“ entnehmen, ist die wichtigste Befundung, die der Ausschuß erhalten hat, die

zengeneidliche Aussage eines Nazisturmtruppführers, dem es gelungen ist, aus Hitler-Deutschland zu entkommen und der angibt, er habe selbst zu einer der SA-Gruppen gehört, die im Auftrag des Reichstagspräsidenten Goering und von seinem Hause aus den Reichstag angezündet haben.

Nach den Erhebungen des Ausschusses waren 30 Mann SA im Präsidentenhaus aufgestellt, das gegenüber dem Reichstag liegt und mit ihm durch einen unterirdischen Gang unter der früheren Sommer-, später Ebert-Strasse — jetzt heißt sie wahrscheinlich Hitler-Strasse — verbunden ist. Diese 30 Mann warteten dort auf das

Zeichen, um durch den unterirdischen Gang, unsichtbar für jedermann, ins Reichstagsgebäude hinüberzugehen und das Feuer anzulegen, als dessen Zweckbestimmung ihnen die Vernehmung der Marxisten angegeben war.

Das gesamte Reichstagspersonal, das noch Dienst gehabt hätte, war an diesem Abend rechtzeitig beurlaubt worden, so daß — ein höchst ungewöhnlicher Fall — dieses wichtige öffentliche Gebäude ohne jegliche Schutz war. Das Feuer selbst wurde an die Holztafelung und Einrichtung des großen Plenarsitzungslokales gelegt, zugleich wurden auch in der Wandelhalle und noch an mehreren Stellen des Saalgeschosses die eingeschmuggelten brennbaren Stoffe in Brand gesetzt.

Als das Feuer ordentlich im Gang war, wurde der holländische Exkommunist, Streikbrecher und Landstreicher Van der Lubbe in den Reichstag hineingebracht, um dann als der Brandstifter verhaftet zu werden. Der Untersuchungsausschuß hält dafür, daß

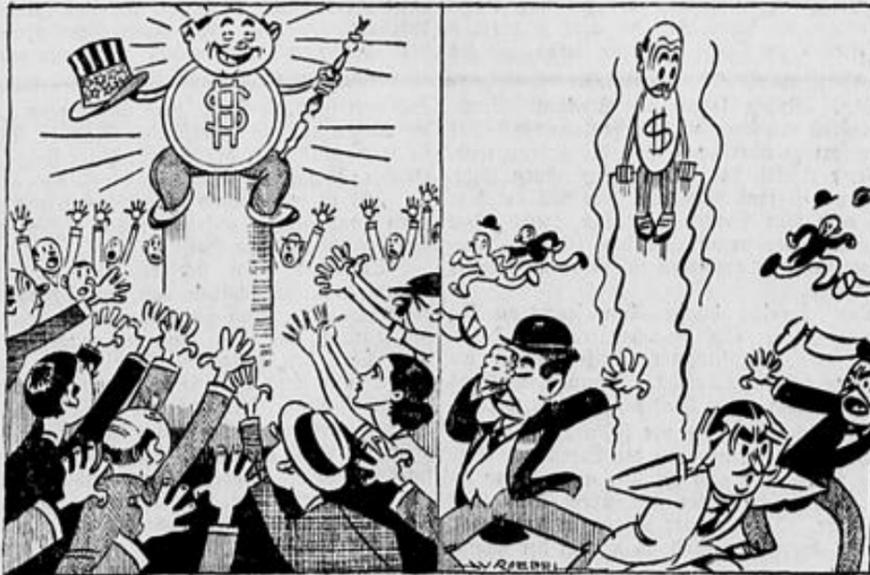
Van der Lubbe nach seinem ganzen Wesen außerstande sei, ein Verbrechen von derartiger Größe und voraussetzlicher Folgeschwere zu begehen, weder selbst, noch auf Betreiben eines anderen. Man hatte gut gearbeitet, daß bei seiner Verhaftung die „Beweise“ für seine Verbindung mit der SPD bei ihm gefunden werden mußten!

Es wurden Nazigruppen ausgesandt, um überall in Cafés und Restaurants auszusprengen, die Kommunisten hätten den Reichstag angezündet, aber dabei passierte das verärrliche Mißgeschick, daß diese Gruppen zu früh ausgesandt wurden und zum Teil die Beschuldigung gegen die Kommunisten schon ausstießen, bevor der Brand im Reichstag überhaupt begonnen hatte! Damit ist aber bewiesen, daß die Nazileitung von dem Brandstiftungsplan vollkommen unterrichtet gewesen ist.

Der Ausschuß stellt die volle Verantwortlichkeit Goerings als der rechten Hand Hitlers und Oberbefehlshabers der SA an dem Reichstagsbrand fest.

Es war die Absicht der Nazileitung, durch die Verhaftung und Brandstifterbeschuldigung gegen die kommunistischen Führer, Torgler u. a. m. den Volkszorn zu entfesseln. Zu diesem Zweck hat man dann auch die drei Bulgaren verhaftet und mitbeschuldigt, die als politische Flüchtlinge ruhig in Deutschland lebten.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses wird in dem Braunbuch über den Hitlerterror enthalten sein, das im Juli erscheinen wird.



„Si transit gloria mundi!“

„So vergeht der Ruhm der Welt!“ An dieses alte Sprichwort wird man erinnert, wenn man die absinkenden Kurse des Dollars verfolgt. Während er noch vor kurzer Zeit der ruhende Pol im internationalen Wirtschaftsleben war, büßt er jetzt täglich mehr an Wert ein, so daß er seine frühere Bedeutung verloren hat.

Die Diffamierten

Dr. Thomalla vom Ministerium für Volksgesundheit in Berlin: „Kinderlose Ehepaare werden öffentlich diffamiert werden.“

Die braunen Reden sind genialisch, Das ist doch prachtvoll ausgeheckt, Jetzt geht's rund — sud auf animalisch, Thomalla — Heil! Sprung auf! Gedekt!

Itt sonst auch der Kredit verbuttert, Hier turbeln sie die Wirtschaft an, So wird das ganze Volk bemuttert, Denn auf die Leude kommt es an.

Arbeit und Brot kann man nicht geben, Doch zugen muß er, der Prolet, Damit's ihm dann ihm spätern Leben Noch dreckiger als heute geht.

Der Staat besteht, da heißt's parieren, Sonst wirft du Schäbling konzentriert, So wird von Hitlers Kavalleren Die Menschenwürde diffamiert!

D. b. i.

Der Kampf gegen die Schlafkrankheit.

Erfolg einer amerikanischen Kertzin.

Aus Kamerun kommt die Nachricht, daß es dort endlich gelungen sei, dem verheerenden Wüten der afrikanischen Schlafkrankheit, von der dort in früheren Jahren zwischen vierzig und sechsundsiebzig von Hundert der eingeborenen Bevölkerung befallen waren, Einhalt zu gebieten.

Es ist nicht allzusehr bekannt, daß neben Tuberkulose und Hungererönot die Schlafkrankheit die furchtbarste Geißel des äquatorialen Afrikas und zugleich eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Probleme ist. Liberia, Französisch-Äquatorialafrika, Kamerun, der belgische Kongo, Uganda, Kenia-Land, Angola sind die eigentliche Heimat der Schlafkrankheit. Die fortschreitende Kolonisierung des tropischen Afrika brachte zunächst durchaus keine Eindämmung, sondern vielmehr ein gewaltiges Anwachsen der Schlafkrankheit mit sich — ein lückwürdiges Wirkung der Zivilisation. Mit dem Keim der Krankheit behaftete Eingeborene wanderten in steigendem Ausmaße aus ihrer Heimat in von der Schlafkrankheit noch unberührte Gebiete und trugen so wesentlich zu ihrer Verbreitung bei.

Erst als die Kolonialmächte, die billige Eingeborenearbeit in stets wachsendem Maße benötigten, erkannten, wie die Schlafkrankheit die Zahl ihrer schwarzen Kulis dezimierete, dachten sie über wirksame Abwehrmaßnahmen nach.

Zur Eindämmung der Schlafkrankheit boten sich drei Methoden dar: Ausrottung der Krankheitskeime verbreitenden Tsetse-Fliegen, vorbeugende Maßnahmen ähnlich der Impfung gegen Blattern und Behandlung der Opfer der Krankheit. Die erste Methode erwies sich als undurchführbar — gibt es doch Myriaden und Myriaden von Tsetse-Fliegen, ein wirksamer, vorbeugender Impfstoff wurde bis nun nicht erfunden, so daß nur die dritte Methode in Betracht kam. Man entschied sich daher für eine, die weiteste Bevölkerungsschichten umfassende Behandlung, die verhältnismäßig Zeit erfordert, und legte logar in einigen Distrikten Konzentrationslager für die von der Krankheit Befallenen an.

Lange Zeit waren nur zwei Medikamente gegen die Schlafkrankheit bekannt. Aus England kam das erste, Atoxyl, ein Arsenpräparat, aus Deutschland das zweite, „Bayer 205“, ein Antimon-Präparat, dem man zuerst eine ähnliche Wirkung gegen die Schlafkrankheit wie dem Salvarsan gegen die Syphilis zuschrieb. Aber bald stellte sich heraus, daß beide Medikamente, so gute Erfolge man mit ihnen auch in gewissen Fällen der Schlafkrankheit in ihrem Anfangsstadium erzielte, versagten, wenn es sich um vorgeschrittene Fälle handelte.

Langwierige Versuche zweier Chemiker und zweier Ärzte der Rockefeller-Stiftung führten zur Entdeckung des dritten und, wie es scheint, wirksamsten Medikaments gegen die Schlafkrankheit, dem Tryparsamid. 243 Präparate wurden hergestellt und an Tieren ausprobiert, bevor man sich für das zweihundertdreißendzweierte entschloß. Die amerikanische Kertzin Dr. Louise Pierce begab sich in die von der Schlafkrankheit am schlimmsten heimge suchten Gebiete des tropischen Afrika und begann ihre sorgfältigen Versuche an Ort und Stelle. Ihre Erfolge, für die sie übrigens vom belgischen König mit dem Kronen-Orden ausgezeichnet wurde, stellen eines der rühmlichsten Kapitel in der Geschichte der modernen Medizin dar. Die mutige Frau erwies, daß das neue Medikament nicht nur, wie seine beiden Vorgänger, bei frühzeitiger Anwendung, sondern auch in jenen vorgeschrittenen Fällen wirksam war, denen die Wissenschaft gegenüber bis dahin machtlos gewesen.

Experimente in allen Teilen Äquatorialafrikas bestätigten die Wahrnehmungen der amerikanischen Kertzin, und nach dem ermutigenden Bericht aus Kamerun ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß es der Wissenschaft bald gelingen wird, der furchtbarsten Geißel des tropischen Afrika Herr zu werden.

Dr. L. R.

